

gefordert hatte. Will man mit der plötzlich überhitzten Untersuchung des Weißbader Abkommen die Frage der ebenfalls in der vorgesehenen Höhe unmöglichen Sachleistungen aus den Stellungserhandlungen ausschließen?

Deutscher Reichstag.

Das Bild der gestrigen Reichstagssitzung ließ es einigermaßen zweifelhaft erscheinen, ob man tatsächlich heut Abend mit dem Arbeitspaket zu Ende kommen wird. Bereits gestern machten sich große Überraschungen geltend: nicht nur die bereits angekündigten kommunistischen Obstruktionen stellten sich ein, sondern auch andere Hindernisse verzögerten die Erledigung der wichtigsten Angelegenheiten. Der am Sonnabend von den Koalitionsparteien eingebrachte Antrag auf Bereitstellung von Reichsmitteln für die praktische Durchführung des Schutzes der Republik sollte gestern zur ersten Beratung kommen. Die Deutschnationalen erhoben jedoch Einspruch und man kam schließlich zur Übereinkunft, durch Verkürzung einer besonderen Erklärung nach dem Schluß der gestrigen den Versuch zu machen, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Gleichfalls durch deutsch-nationalen Widerspruch wurde die endgültige Verabschlußung des Gesetzes über die Notlage der Presse unmöglich gemacht. Diese Vorlage wurde in zweiter Lesung ohne wesentliche Aussprache nach den Ausschußbeschlüssen angenommen, nachdem weitergehende Anträge abgelehnt waren und der Reichswirtschaftsminister sich nachdrücklich für das geringe Opfer eingesetzt hatte, das von den forstwirtschaftlichen Betrieben verlangt wird. Als erste Vorlage des Tages hatte der Reichstag in allen drei Sitzungen ein Gesetz verabschiedet, das den Umlauf von Bargeld unterbinden will und in Zusammenhang damit war von deutschnationaler Seite die schläfrige Ausprägung von Bargeld gefordert worden und zwar bis zu einer Höhe von Hundertmarkstücken. Die am Sonnabend infolge Beschußunfähigkeit des Hauses nicht erledigte zweite Lesung des Erbschaftsteuer-geuges ging gestern ohne wesentliche Aussprache und ohne Abstimmung der Ausschußfassung durch. Die zweite Beratung der Zwangsanleihe aber brachte dann eine sehr ausgedehnte Aussprache und die erste der erwarteten kommunistischen Obstruktionen. Zuerst sprach Abg. Dr. Helfferich, der sich in durchaus sachlichen Grenzen hielte und auch die kritischen Anschlussfragen von links nur mit vorsichtigen Hinweisen auf Tatfachennmaterial beantwortete. Dagegen war seine Kritik an der Zwangsanleihe, selbst sehr scharf und schloß mit der Ablehnung des Gesetzes. Mit der Rede des Unabhängigen Dr. Geiger trat dann zum ersten Male die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in die Erteilung. Geiger vertrat einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft, die Zwangsanleihe auf eine Milliarde Goldmark oder mindestens 80 Milliarden Papiermark festzusetzen, während nach den Beschlüssen des Ausschusses die Höhe zwischen 60 und 70 Milliarden Papiermark schwanken sollte. Dann erfolgte die bereits erwähnte Obstruktion des Kommunisten Höhlein, vor dem sich das Haus fluchtartig leerte und die eine lange Dauer der Sitzung erwartet ließ.

Demokratische Frauenarbeitstagung.

Die Vertreterinnen des Reichsfrauenausschusses der Deutschen Demokratischen Partei traten am 14. und 15. Juli zu einer Arbeitstagung in Schwerin zusammen. Sie war sehr gut besucht von über 100 Mitarbeiterinnen aus 27 Wahlkreisen, sodass die Verhandlungen ein fast lädenloses Bild der Frauenarbeit in der Partei in Nord und Süd, Ost und West boten. Die Besprechung der Organisations- und Arbeitsfragen an der Hand von kurzen Referaten von Frau Dönhoff, M. d. L.,

Frau Uhl und Frau Rinde, zeigte die leichten Fortschritte der Frauenarbeit. Die bisherigen Richtlinien sollen auch ferner eingehalten werden unter Einhaltung an die sich ändernden Verhältnisse, besonders durch leichten Ausbau der Zeitung der sich verbreitenden Organisation. Das Thema: "Der demokratische Gedanke als außenpolitische Waffe" behandelte Frau von Heesen-Berlin. Sie wies die Notwendigkeit einer starken Behauptung des demokratischen Gedankens und seiner Staatsform der deutschen Republik, und die einer geschlossenen breiten Front aller Deutschen dem Ausland gegenüber überzeugend nach. Die Aussprache zeitigte zwei Einschätzungen, welche die Parteilinie aussiedeln, für die Schaffung dieser Einheitsfront auf demokratisch-republikanischer Grundlage alle Mittel anzuwenden, sich für eine Erziehung der Jugend in vaterländischer Gesinnung in Schule und Haus einzusehen und die Herausgabe eines dazu geeigneten Geschichtsbuches zu fordern. — Berichtigungen zur Form des Familienechts wurden von Frau Dr. Jutta Buhne-Hamburg aufgestellt, von Frau Dr. Ulbers, M. d. R., sehr wolkam ergangt und in lebhafter Aussprache erörtert, die insbesondere auf die Bewertung des Heimathmühigen, der sich wandelnden ethisch-rechtlichen Einstellung des modernen Menschen hingiebt. — Dr. Krause, Vetter der Abteilung Mecklenburg der Reichszentrale für Heimatkunde, sahre in Aufbau und Aufgaben der R. f. H. ein. Es wurde engere Zusammenarbeit mit dieser amtlichen Erklärungsstelle beschlossen.

Kleine politische Meldungen.

Der neue Reichsgerichtspräsident. Die von anderer Seite verbreitete Nachricht von der bevorstehenden Verzettelung des ehemaligen Reichsministers und vollparteilichen Abgeordneten Dr. Heinze auf den Posten des Reichsgerichtspräsidenten trifft nicht zu. Es besteht kein Zweifel mehr darüber, dass der Reichsrat, dem das Vorschlagsrecht für die Bezeichnung des Postens des Reichsgerichtspräsidenten zusteht, den früheren Außenminister Dr. Simon vorschlagen und doch dessen Ernenntung erfolgen wird. Dr. Simon ist am Freitag nach Argentinien gereist, um an dem 81. Kongress für internationales Recht in Buenos Aires teilzunehmen.

Der Völkerbundesrat ist am 17. Juli in London zusammengetreten und tagt unter dem Vorsitz Balfours. Nach übereininstimmenden Melbungen wird er sich wenigstens inoffiziell mit der Auseinandersetzung Deutschlands zum Völkerbund beschäftigen. Diese Melbung entbehrt nicht der Wahrscheinlichkeit, da inoffiziell von England Anregungen nach Deutschland gekommen sind, die Aufnahme nachzuforschen. Die großen Vorteile, die Deutschland von der Beteiligung zum Völkerbunde ziehen würde, liegen auf der Hand. Trotzdem kann Deutschland ihm nur angehören, wenn es den ihm gebührenden Platz zugestanden erhält.

Deutsche Oberschule und Gymnasien. Der Antrag der Deutsch-demokratischen Partei über die Gleichstellung der deutschen Oberschule neben die bestehenden höheren Schulen hat folgenden Wortlaut: Der Landtag möge beschließen: die Reformation zu erüben, die Frage der Berechtigungen der deutschen Oberschule ungestüm so zu ordnen, dass die neue Schulform als gleichberechtigt neben die bestehenden höheren Schulen gestellt wird.

Statt 11. August 18. Januar. Die deutsche Volkspartei hat im Reichstage den Antrag gestellt, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu erklären. Bekanntlich haben die Regierungsparteien den 11. August als Nationalfeiertag vorgeschlagen; der dahingehende Antrag der drei Parteien ist bereits dem Ausschuss überwiesen. Es ist nicht anzunehmen, dass der Antrag zugunsten des vollparteilichen zurückgezogen werden wird.

Ein neuer Untersuchungsausschuss. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat auf Anregung des Reichswohramtlers Geissler mit Unterstützung der beiden anderen Regierungsparteien folgenden Antrag eingebracht: Wir beantragen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel

34 der Reichsverfassung zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind, und der Art, wie sie der Reichswehrminister erledigt hat.

Die erzährende Zeitungswelle, die sich auf alle notwendigen Lebensbedürfnisse erstreckt, hat zur Folge, dass auch die eben erhöhten Beamtengehälter, die die Erhöhung gegenüber der Vorkriegszeit noch nicht ausgeglichen haben, wieder ungünstig geworden sind. Der Reichsfinanzminister hat sich der Notwendigkeit der Erhöhung der Bezüge nicht entziehen können, noch in dieser Woche werden Verhandlungen mit den Spartenorganisationen beginnen.

Bayern gegen das Ausnahmegesetz — Rücktritt Berchels. Nach unseren Erfahrungen ist Bayern nicht gewillt, in der Frage des Schutzgegeses für die Republik und der neuen Amnestie nachzugeben. Falls man in Berlin den betreffenden Wünschen Wohlwollen nicht nachkommt, ist mit einem Rücktritt Berchels zu rechnen, da seine schwankende Haltung und seine Kompromisspolitik gegenüber Berlin damit als erfolglos erwiesen wären. Über einen Nachfolger, selbstverständlich von entschlossener Tonart, sind sich die bayrischen Regierungsparteien schon im klaren.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die in Warschau jetzt wieder stattfinden, bilden die Fortsetzung der schon im August 1919 begonnenen. Sie begradigen die Regelung der mit territorialen Veränderungen verbundenen Liquidationsverrechnungen. Die ersten Verhandlungen dauerten von Anfang August bis Ende Oktober 1919 und endeten mit 3 Abkommen. Die zweite Etappe bildeten Verhandlungen im Januar 1920 in Paris und die dritten, die Frühjahr verhandlungen in April 1920 ebenfalls in Paris. Bei den neuen Verhandlungen legt Deutschland Gewicht darauf, dass auch die Fragen der Liquidierung der Staatsdomänen, sowie der Minoritätschutz erörtert werden.

Eine neue Schuldfrage. In dem Hochverratsprozesse Leoprechting, der vor kurzem in München stattfand, ist die französische Politik der Berücksichtigung Deutschlands zum ersten Male vor den Schranken eines Gerichts ausführlich erörtert worden und die Tatsachen, die die Existenz und die Arie dieser Politik belegen, sind in der Begründung des Urteils gegen den Herrn von Leoprechting ausdrücklich festgelegt. Nach den Erwägungen des Gerichts und nach den Aussagen des Angeklagten und der Zeugen steht es unzweckmäßig fest, dass der französische Gesandte Darb, der vor Beginn des Prozesses aus München verschwunden ist, um nicht wieder zurückzukehren, von seiner Regierung mit dem Auftrag in die böhmisches Hauptstadt geschickt wurde, mit allen Mitteln der Bestechung und der Propaganda die Trennung Böhmens vom Reich vorbereiten.

Sobald der psychologische Moment gekommen war, wollte Frankreich die Berücksichtigung festlegen und endgültig machen, indem es die Mainline militärisch besetzte. Der Plan ist nun deshalb gescheitert, weil die französische Propaganda und die französische Bestechung sich als nutzlos erwiesen und der erwartete psychologische Moment in Bayern nicht kam. — Diese Politik ist von Frankreich, wie das Gerichtsurteil ausdrücklich mit Recht hervorhob, dem deutschen Reich gegenüber nicht etwa im Kriegs, sondern im Friedenstande betrieben worden. Niemand entrüstet sich mehr als die Franzosen über die russischen Sowjets, die in Ländern, mit denen sie im Frieden leben und Verträge abschließen, staatsfeindliche Verschwörungen anzetteln und unterstützen. Vor dem Münchner Volksgericht ist nachgewiesen worden, dass die Empörung ettel Hemholtz ist; denn die Pariser Regierung tut genau dasselbe.

Ausgrabung sämlicher französischer Gefangenentalchen in Deutschland. Die Leichen sämlicher in Deutschland verstorbenen militärischen und bürgerlichen französischen Gefangenen werden auf Wunsch der französischen Regierung ausgetragen und nach Frankreich geschafft, um dort auf einem befreiten gemeinsamen Friedhof beigesetzt zu werden. Sämtliche Leichen werden in neue Särge umgebettet, die mit den Leichenstücken aus Frankreich zollfrei eingeschafft werden. Auf die sonst vorgeschriebenen Leichenpäckchen wird voraussichtlich verzichtet. Auf der Eisenbahn werden die Leichen in bedeckten Wagen befördert. Güter dürfen nicht beigegeben werden. Besondere verschlossen-

liegt der verlorenen Herkunft. Aber es Stücklein mehr meinmann, die die gute ernte, anrichtung helles E

Erster Sekt — und erster Kuss. — Sie braucht's ihm nich: erst zu sagen.
„Nähe, liebe, liebe Nähe.“
Se er charmt unter seiner leis rausenden Stimme und hebt mit unsicherer Hand das Glas mit dem Kefidarin an zum Mund empor. Doch bevor ihre Lippen es noch berühren, haben sich die kleinen dagegen gerückt, und er schürtet aus, was noch von ihrem ersten Sektkrank übrigbleibt.

„Na, das war's,“ sagt sie und atmet tief.
Wie's ihnen schmeckt, als sie dann in Krampenburg bei ihrem Schnitzel mit grünen Erbsen sitzen. Er hat Nähe. Er hat nur für belegte Brots geöffnet, doch mit großartiger Geduld zog er sein Portemonnaie aus der Tasche und hielt's ihr geöffnet vor die Augen.
„Ja, sehen Sie: noch lieben Mark und fünfzehn dreißig Pfennig von vorigem Monat. Erspartes, und du sollst mir nicht schwärzen.“

„Ja, dann freilich,“ lädt sie, gleichfalls ihr Geldbörse hervorziehend. „da werd' ich denn auch mol spülig sein.“

„Oh —“ macht er nur, wie sie es so ablehnt, dass er für sie milbezahlte. Über als sie ihr Schnitzel vertilgt haben, will er dem Madler, fordert die Weinfarbe, bezeichnet mit dem Finger das Gewölle und Nähe. Er hat halb gefülltes Weinglas zurückgelehnt, sagt er, als vor ihnen auf dem Tisch die halbe Flasche Ruyserberg Gold steht. „Das müssen Sie sich schon gefallen lassen. Mit etwas Kieseler als einem schwachen Bierrest möchte ich doch mit Ihnen auf den heutigen Tag und auf ein Wiedersehen anstoßen.“

Sie widersteht sich nicht, nimmt das gefüllte Glas, das er ihr bietet, sieht ihn an, wie er sie ansieht, und Augen in Augen trinken beide.
Er hat sein Glas gelöst, in dem Ihnen ist noch ein leis schäumender Rest, in den bläst sie hinein und sagt: „Wein erster Sekt.“

Rudolf Mühlendorf blickt auf ihre Lippen, die noch unvergängt, glänzen die Schatten der Steckennäthe in dem Schaum leuchtend sind.

Erster Sekt — und erster Kuss. — Sie braucht's ihm nich: erst zu sagen.

„Nähe, liebe, liebe Nähe.“

Se er charmt unter seiner leis rausenden Stimme und hebt mit unsicherer Hand das Glas mit dem Kefidarin an zum Mund empor. Doch bevor ihre Lippen es noch berühren, haben sich die kleinen dagegen gerückt, und er schürtet aus, was noch von ihrem ersten Sektkrank übrigbleibt.

„Na, das war's,“ sagt sie und atmet tief.

„Nähe, liebe Nähe,“ flüstert er noch einmal.

Vor Ihren Blicken gaukelt das Abenddämmer, gaukelt das Glas und raut in das leis glühdende, stimmige Herzschlag des Schiffes, das mit seinen Schauseen, die Wasserbaum durchschneide.

„Warten — zwei, die in Treue ihres Glases waren.“

Welcher, heimlicher drückt seine Hand die Ihre, und gegen seine Schulter lehnt sich ganz saftig ihr Kopf.

Eröffnung liegt.

Transponden werden, befördert, mächtigung

Spes

D. A. Schreiberei

Werbens

durchdrin

land vertr

stet, ein

festlich, sc

vah und

gegen ei

übermüt

dere Teil

den, kann

halten in

sämpfe tu

Die

die freiste

die repub

dem ande

Triel, ab

zu hoffen

Ruhe

Die

Senat ha

Parbstoff

nung von

Patentpr

Die

Statistik

ten Geset

samt 243

amerika

Die Ro

men: Eu

26 129.

Die

des Pid

lebten, sic

den-Abe

dauer di

beabsichti

und ho

Die

die Lage

lebhaft an

Bruch fe

würden

mento a

werke n

Völkerbu

liegt der

verlorenen

Terionen

Aber es

Stücklein

mehr men

mann, d

die gute

ernte, ob

richtung

helles E

Gro

ischen in

ländern

Indabs